

# „Maßnahmen werden dort initiiert, wo es bedarfsmäßig auch wirklich passt und sinnvoll ist“



*Armutsbekämpfung und Sozialplanung auf Kreis-ebene in einem ländlichen Raum: Interview mit Markus Fischer, Sozialdezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises.*

**G.I.B.: Herr Fischer, im Rheinisch-Bergischen Kreis leben fast 284.000 Menschen in acht Gemeinden und Städten, wie gelingt es da der Kreisverwaltung, passende Angebote in den Bereichen zu entwickeln, für die Sie als Dezernent<sup>1</sup> verantwortlich sind, insbesondere im sozialen Bereich?**

**Markus Fischer:** Kreise sind von ihrer Struktur und den Zuständigkeiten nicht mit der Situation der kreisfreien Städte vergleichbar. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen von Unterstützungsangeboten ist es daher, dass die acht Gemeinden und Städte sowie alle Anbieter sozialer Unterstützungsangebote – dazu zähle ich beispielsweise die Wohlfahrtsverbände – mit und durch den Kreis sehr gut miteinander vernetzt und informiert sind.

Natürlich spielen auch die politischen Gremien eine große Rolle und zwar nicht nur die Kreisgremien. Der Kreis als Umlageverband ist, bei der Entwicklung und Gestaltung von Angeboten und Maßnahmen, die dann

auch vor Ort funktionieren sollen, immer gut beraten, wenn diese gemeinschaftlich und in Abstimmung mit den Kommunen entwickelt werden. Insofern ist es für uns als Kreis unerlässlich, einen engen Kontakt und eine gute Kommunikation mit den Gremien in den Kommunen und den Fachplanern vor Ort zu pflegen.

**G.I.B.: Welche Herausforderungen gehen mit dieser Notwendigkeit zur Vernetzung einher?**

**Markus Fischer:** Herausforderungen ergeben sich aus der Heterogenität der Gemeinden und Städte im Kreis. Schon was die Größenordnung angeht, ist eine Stadt wie Bergisch Gladbach mit über 110.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ganz anders aufgestellt als eine Gemeinde wie Odenthal mit rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Wenn man passende soziale Angebote schaffen will, ist es eine Herausforderung, alle auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Das ist uns aber in der letzten Zeit, glaube ich, gut gelungen – über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, eine offene Kommunikation und letztendlich über den Erfolg der Maßnahmen. Es besteht Akzeptanz und Einigkeit, dass Angebote nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Wenn also ein Angebot in einem Handlungsraum ins Leben gerufen wird, wollen nicht alle anderen zwangsläufig das Gleiche. Da ist ein Umdenken im Sozialbereich eingeleitet. Maßnahmen werden dort initiiert, wo es bedarfsmäßig auch wirklich passt und sinnvoll ist.

**G.I.B.: Im Sozialbericht 2017 des Rheinisch-Bergischen Kreises ist zu lesen, dass auch die unterschiedlichen politischen Verhältnisse und Datenlagen in den Kommunen eine Herausforderung darstellen können.**

**Markus Fischer:** Die Sozialplanung ist von Anfang an ganz bewusst als gemeinschaftliches Projekt auf einer umfassenden Basis entwickelt worden – mit allen kommunalen Verwaltungen, mit dem Jobcenter, mit den Wohlfahrtsverbänden. Wir haben unsere Vorstellungen zu diesem Projekt in allen politischen Gremien der Kommunen präsentiert, haben

<sup>1</sup> Der Sozialdezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises steht dem Dezernat III vor, das die Bereiche Soziales, Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen, Schule, Integration, Sport, Schulpsychologischer Dienst, Familie und Jugend umfasst.

versucht, größtmögliche Transparenz zu schaffen und ein Verständnis zu generieren, welches dann auch zu Akzeptanz führte, und sind dabei durchweg auf fruchtbaren Boden gestoßen.

Die Datenbasis, die wir jetzt über die Sozialberichte schaffen, sorgt auf politischer Seite für die Transparenz und Entscheidungsgrundlage, dass an bestimmten Stellen bestimmte Maßnahmen erforderlich sind.

## Die Datenbasis sorgt auf politischer Seite für die Transparenz und Entscheidungsgrundlage, dass bestimmte Maßnahmen erforderlich sind.

Ganz aktuell haben wir auf der Basis des Sozialberichts den Pflegebericht entwickelt. Wir können jetzt für einzelne Räume genau darstellen, wie die Altersstruktur und die aktuelle pflegerische Versorgungssituation ist und welche Entwicklungsprognosen vorliegen. Die Stadt Rösrath hat die Informationen aus dem Sozialbericht sofort aufgegriffen und bereitet auf dieser Basis einen Handlungsvorschlag für den Rat der Stadt vor. Diese Informationen sind also Grundlage für die konkrete Umsetzung in Handlungskonzepte oder Maßnahmen. Das ist genau das, was wir wollen: Politik und Verwaltung in die Lage versetzen, zielgerichtet zu handeln.

### G.I.B.: Was ist genau ein Sozialbericht und wie wird er im Rheinisch-Bergischen Kreis erstellt?

**Markus Fischer:** Der Sozialbericht ist ein wesentlicher Teilaspekt der Sozialplanung. Auf der Ebene der Sozialdezernentinnen und -dezernenten und der Beigeordneten im Kreisgebiet bestand die Erkenntnis, dass man kreisweit die bis dato vorliegenden Zahlen und Daten nicht vergleichen konnte. Teilweise lagen Daten nicht vor, teilweise waren sie in sehr unterschiedlicher Form vorhanden. Man war

sich einig, dass es für die Sozialplanung wichtig ist, eine homogene Datenlage zu schaffen.

Der Sozialbericht hat knapp 30 einzelne Indikatoren, also Daten aus verschiedenen Segmenten, zum Beispiel aus dem SGB II-Bereich (Grundsicherung für Arbeitsuchende). Dazu kommen Daten zur Einwohnerstruktur, zum SGB XII-Bereich (Sozialhilfe) und zur pflegerischen Versorgung. Es gibt noch Lücken, zum Beispiel im Bereich kleinräumiger SGB XI-Daten (Pflegeversicherung), aber nichtsdestotrotz ist der Bericht in der ersten Fassung schon eine Riesenleistung gewesen. Sowohl was das Thema Homogenisieren der Daten angeht als auch was die Standardisierung der Datenabfrage betrifft, die gewährleistet, dass wir diesen Bericht nun regelmäßig erstellen können, also in eine ständige Fortschreibung kommen. Der Sozialbericht hat durch die Fortschreibung nicht nur den Anspruch, Entwicklungen und Handlungsbedarfe, sondern auch die durch Maßnahmen erzielten Wirkungen und Erfolge erkennbar zu machen. Und das sowohl kreisweit als auch kommunalspezifisch.

### G.I.B.: Wie stellt sich Armut und soziale Ausgrenzung im Rheinisch-Bergischen Kreis dar?

**Markus Fischer:** Zunächst gibt es, was das angeht, kreisübergreifende Thematiken. Demografisch betrachtet sind wir der viertälteste Kreis in Nordrhein-Westfalen. Dadurch, dass die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten 15 bis 20 Jahren ins Rentenalter kommen, wird sich diese Tendenz noch verstärken. Daraus ergeben sich viele Fragestellungen grundsätzlicher Natur, zum Beispiel zur Entwicklung der Infrastruktur, der Mobilität, der Nahversorgung, aber zwangsläufig auch spezielle soziale Fragen zur pflegerischen und gerontopsychiatrischen Versorgung.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Situation von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Bereich zu richten. Hier schwankt der Prozentsatz von Wohnplatz zu Wohnplatz zum Beispiel zwischen 1,1

und 45,5 Prozent. Das sind im Moment die beiden großen Pole: Den Kindern und Jugendlichen bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten und den Älterwerdenden Lebensverhältnisse zu bieten, die sie möglichst lange gesund halten und eine gute Wohn- und Lebensqualität ermöglichen.

Dadurch, dass wir sowohl städtisch geprägte Räume als auch ländlich geprägte Regionen im Kreis haben, ergibt sich außerdem die Herausforderung, zu entscheiden, wo welche Maßnahmen platziert werden sollten.

Man muss den Sozialraum also genau auf Besonderheiten abklopfen und entsprechend agieren. Dieser Ansatz zieht sich durch die gesamte Sozialplanung.

**G.I.B.: Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurde vor einiger Zeit eine Stelle „Sozialplanung“ eingerichtet. Warum haben Sie die Stelle geschaffen und was ist die Aufgabe der Person?**

**Markus Fischer:** Uns war klar, dass man für den Einstieg in den Sozialplanungsprozess auch Manpower braucht. Dabei konnten wir zunächst zeitlich passend das Förderangebot des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Programms „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ nutzen. Dies hat uns beim Aufbau und der Konzeption unserer Sozialplanung sehr unterstützt und unter anderem eine Teilfinanzierung der Sozialplanungsstelle ermöglicht.

Die Stelle ist als Stabsstelle bei der Dezernatsleitung angedockt und konnte mit Frau Dr. Hörstermann kompetent besetzt werden. Ihre wichtigste Aufgabe war es zunächst, Daten zu sammeln, zu analysieren und zu qualifizieren. Aber das Monitoring wird ständig weiterentwickelt. Bisher lag der Fokus im Sozialbericht auf den Daten zu den Bedürftigen oder Betroffenen. Im Moment ist Frau Dr. Hörstermann dabei, Daten zu den Unterstützungsangeboten zu sammeln. In Zukunft wollen wir zudem noch eine deutlich breitere Datengrundlage für den Gesundheitsbereich erarbeiten.

Die Sozialplanerin ist darüber hinaus treibende Kraft im Bereich Prozesssteuerung und Kommunikation. Sie sorgt dafür, dass der Sozialplanungsprozess in den Kommunen grundsätzlich in der geplanten Struktur verläuft und gesteuert, teilweise auch angeschoben, wird. Dazu gehören auch unterstützende Maßnahmen wie Fortbildungen und Coaching.

Darüber hinaus übernimmt sie im Rahmen der Steuerungsgruppensitzungen, in denen es um maßgebliche Weichenstellungen geht, die Organisation und Moderation. Nebenbei hält sie auch überregional die Augen auf und schaut, von wo man noch etwas lernen kann – das ist schon ein umfangreiches Portfolio.

**G.I.B.: Welche Angebote und Maßnahmen gibt es im Rheinisch-Bergischen Kreis, um die Situation der bedürftigen Menschen zu verbessern?**

**Man muss den Sozialraum genau auf Besonderheiten abklopfen und entsprechend agieren.**

**Markus Fischer:** Das Angebot ist natürlich sehr groß. Wir haben uns beispielsweise entschlossen, die Familien stärker in den Fokus zu nehmen. Grund hierfür ist unter anderem, dass sich viele Handlungsempfehlungen, die sich im Kontext der Sozialplanung ergeben haben, auf Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug beziehen. Es ist wichtig, die Familien dieser Zielgruppe frühzeitig anzusprechen, damit der SGB II-Bezug nicht von Generation zu Generation tradiert, sondern durchbrochen wird. Dabei geht es um ein Rundum-Paket, nicht nur um finanzielle Unterstützung. Es geht um Erziehung, es geht um Bildung, um Gesundheitsthemen und viele weitere Dinge. Außerdem haben wir im Rheinisch-Bergischen Kreis in diesem Jahr das „Bündnis für Familie Rhein-Berg“ gegründet. Beteiligt sind zahlreiche Akteure wie Kommunen, Jobcenter, Agen-

tur für Arbeit, Familienkasse, Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, die Tourismusvermarktungsgesellschaft Das Bergische und so weiter. In diesem Rahmen haben beispielsweise die entsprechenden Fachabteilungen der Bündnispartner zusammengetragen, wer alles finanzielle Unterstützungsleistungen für Familien anbietet. Dabei ist ein Katalog von über 150 Leistungen entstanden – eine Menge, die auch die Fachplaner und Fachplanerinnen erstaunt hat. Außerdem ist ein „Famili-

**Oft müssen gar keine neuen Angebote geschaffen werden, der erste Schritt sollte immer sein, sich einen Überblick über bereits vorhandene Angebote zu schaffen.**

enportal“ entstanden, in dem vielfältige Angebote und Leistungen für Familien im gesamten Kreisgebiet online leicht zugänglich sind. Oft müssen gar keine neuen Angebote geschaffen werden, der erste Schritt sollte immer sein, sich einen Überblick über bereits vorhandene Angebote zu schaffen, um Menschen gegebenenfalls dorthin verweisen zu können. Der zweite Schritt ist der, Bedarfslücken zu identifizieren und dafür neue Angebote zu schaffen.

Ein weiteres Thema ist das der kommunalen Präventionsketten unter dem Titel „Prävention für den ganzen Rheinisch-Bergischen Kreis“. Eines der hier bereits erfolgreich umgesetzten Projekte ist „Fit zur Schule“. Damit soll dem in der Schuleingangsuntersuchung dokumentierten Trend der Zunahme an Sprach-, Grobmotorik- und Wahrnehmungsstörungen bei Kindern, die eingeschult werden sollen, entgegengewirkt werden. Weil wir frühe Hilfen für ganz entscheidend halten, ist über das Gesundheitsamt gemeinsam mit den Kindertagesstätten, dem Kreissportbund und weiteren Akteuren ein Konzept entwickelt worden, mit dem diese Defizite bei den Kindern angegangen werden.

Ein anderer Ansatz im Gesundheitsbereich und für diese Altersgruppe ist ein Programm zur Kariesprophylaxe mit dem Titel „Kleiner Mund, ganz gesund“.

**G.I.B.: Wie bezieht der Rheinisch-Bergische Kreis seine Bürgerinnen und Bürger in die Sozialplanung ein?**

**Markus Fischer:** Auf Basis des Sozialberichts analysieren wir zunächst die erhobenen Daten in Fachplanungskonferenzen. Die Akteure, die daran teilnehmen, stammen aus den Verwaltungen der Kommunen, zum Teil auch aus den Wohlfahrtsverbänden – das ist also die Fach-Ebene. Die zweite Stufe ist, dass nach der Bestimmung von möglichen Handlungsschwerpunkten dann Sozialraumkonferenzen initiiert werden. In diesen wollen wir die Betroffenen zu Beteiligten machen, sie an einen Tisch holen und mit ihnen besprechen, was fehlt oder warum bestehende Maßnahmen vielleicht nicht gut angenommen werden.

**G.I.B.: Es dürfte nicht immer ganz einfach sein, die tatsächlich Betroffenen an den Tisch zu holen.**

**Markus Fischer:** Das ist genau die Herausforderung. Vor allem, weil es schwierig ist, bestimmte Gruppen zu identifizieren und zu aktivieren. Daraus ist beispielsweise in Burscheid die Idee des „Burscheider Büdchens“ entstanden, eine ganz niederschwellige Möglichkeit der Ansprache der Menschen direkt vor Ort in dem betreffenden Handlungsraum. Das Büdchen ist tatsächlich ein Raum für Kontakte, kleine Gespräche, Informationsaustausch, ähnlich wie das bei den „richtigen“ Büdchen auch der Fall ist. Und das Büdchen ist auch wirklich ein ehemaliger Kiosk, zentral gelegen in einem Wohnblock. Dort ist die Katholische Jugendagentur mit zwei Sozialarbeitern aktiv. So kann es gelingen, über diese Kontakte Teilnehmer für die Sozialraumkonferenzen zu gewinnen. Das wäre aus meiner Sicht ein sehr guter Erfolg.

In einem Handlungsraum in Rösrath werden Jugendliche über Aktionstage an den Schulen mit „ins Boot geholt“. So kann man die Altersgruppe sehr gut er-

reichen und Themen, die im Sozialen, im Freizeit- und im Ausbildungsbereich liegen, ansprechen.

**G.I.B.: Gibt es, was die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung angeht, für die Zukunft weitere Ideen?**

**Markus Fischer:** Ja, es sind zum Beispiel in Kooperation mit dem Jobcenter sogenannte „Lotsensysteme“ in der Entwicklung, bei denen das Jobcenter gezielt Ressourcen für aufsuchende Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellt. Passgenaue Arbeitsangebote sind in einem Auspendlerkreis wie dem Rheinisch-Bergischen nicht so zahlreich wie in anderen Regionen. Deshalb ist es gerade für die spezielle Klientel der Langzeitarbeitslosen wichtig, beispielsweise Erwerbstätigkeiten durch gezielte Ansprache von ortsansässigen Unternehmen zu generieren.

Ein weiteres wichtiges Thema im Rheinisch-Bergischen Kreis ist das Thema Wohnen beziehungsweise auch das Thema Wohnungslosigkeit. Durch die Nähe zum Ballungsraum Köln haben wir ein sehr hohes Mietenniveau. Das Thema Wohnen steht also in engem Zusammenhang mit dem Thema Armut. Deshalb haben wir im Rahmen der Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit „Endlich ein Zuhause“ zusammen mit den Trägern Diakonie und Caritas ein Projekt zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit gestartet; erstmals unter Einbeziehung von Immobilienkaufleuten. Der Ansatz ist, nicht nur über sozialarbeiterische Kommunikation auf Vermieter zuzugehen, sondern auch aus der Sicht von Immobilienkaufleuten. Außerdem sollen die Immobilienkaufleute auch tatsächlich Akquise von nicht genutztem Wohnraum betreiben.

**G.I.B.: Wie könnten Bundes- und Landesregierung die Bekämpfung von Armut aus Ihrer Sicht noch besser unterstützen – allgemein und speziell auf kommunaler Ebene?**

**Markus Fischer:** Es ist hilfreich, wenn man die Option hat, Förderprogramme zu nutzen. Das erleichtert es, neue Angebote zu entwickeln. Ich würde mir aber

**DAS INTERVIEW FÜHRTEN**

**Denise Anton**, Tel.: 02041 767262

d.anton@gib.nrw.de

**Carsten Duif**, Tel.: 02041 767178

c.duif@gib.nrw.de

**KONTAKT**

Dezernent für Soziales, Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen, Schule, Integration, Sport, Schulpsychologischer Dienst, Familie und Jugend  
Rheinisch-Bergischer Kreis

Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach

**Markus Fischer**, Tel.: 02202 132731

Markus.Fischer@rbk-online.de

schon wünschen, dass es mehr strukturelle Förderung gibt. Um Armut zu bekämpfen, um Armut zu vermeiden, führt kein Weg an Bildung und Erziehung vorbei. Das ist der präventive und der wirtschaftlichste Ansatz. Dabei gilt es, Eltern und Familien in diesen Bereichen zu unterstützen und gute Bedingungen zu schaffen. Eine Herausforderung ist hier derzeit beispielsweise der Fachkräftemangel, mit Blick auf viele

**Um Armut zu bekämpfen, um Armut zu vermeiden, führt kein Weg an Bildung und Erziehung vorbei. Das ist der präventive und der wirtschaftlichste Ansatz.**

unbesetzte Lehrerstellen. Und auch in den KITAs ist die Personalakquise immer schwieriger. Da muss es eine andere strukturelle Finanzierung seitens des Landes geben, um auch auf kommunaler Ebene gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Hier gibt es ja auch entsprechende Ansätze.

An dem aktuellen Thema der „Altersarmut“ wird man aus meiner Sicht auf kommunaler Ebene derzeit nur geringfügigen Einfluss ausüben können. Hier sind neben den finanziellen Unterstützungsleistungen auf kommunaler Seite nochmals die Themen „Wohnen“ und „Pflege“, aber auch „Teilhabe“ zu nennen.